

---

**Vorsitz: Italien****SONDERSITZUNG DES STÄNDIGEN RATES  
(1201. Plenarsitzung)**

1. Datum: Montag, 12. November 2018

Beginn: 16.05 Uhr

Schluss: 17.05 Uhr

2. Vorsitz: Botschafter A. Azzoni

Die Russische Föderation, die Ukraine, die Vereinigten Staaten von Amerika, Kanada, Österreich – die Europäische Union sowie der Vorsitzende nahmen zum Entwurf der Tagesordnung Stellung.

3. Behandelte Fragen – Erklärungen – Beschlüsse/verabschiedete Dokumente:

Punkt 1 der Tagesordnung: **BERICHT ÜBER DIE TÄTIGKEIT DES  
AMTIERENDEN VORSITZES**

Vorsitz, Leitender Beobachter der Sonderbeobachtermission der OSZE in der Ukraine

Punkt 2 der Tagesordnung: **PRÜFUNG AKTUELLER FRAGEN**

Vorsitz

- (a) *Rechtswidrige und falsche, sogenannte „Wahlen“ in den von Russland besetzten Gebieten der ukrainischen Regionen Donezk und Luhansk:* Ukraine (PC.DEL/1382/18), Schweiz (PC.DEL/1384/18 OSCE+), Kanada (PC.DEL/1397/18 OSCE+), Österreich – Europäische Union (mit den Bewerberländern Albanien, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien und Montenegro; den Mitgliedern des Europäischen Wirtschaftsraums und EFTA-Ländern Island und Liechtenstein; sowie mit Australien, Georgien, Moldau und der Ukraine) (PC.DEL/1387/18/Rev.1), Georgien (PC.DEL/1386/18 OSCE+), Frankreich (auch im Namen von Deutschland) (Anhang), Aserbaidshan (PC.DEL/1381/18 OSCE+), Türkei

(PC.DEL/1396/18 OSCE+), Norwegen (PC.DEL/1412/18), Moldau,  
Vereinigte Staaten von Amerika (PC.DEL/1385/18), Parlamentarische  
Versammlung der OSZE

- (b) *Die Äußerung des Willens der Menschen im Donbass*: Russische Föderation  
(PC.DEL/1383/18)

Punkt 3 der Tagesordnung: SONSTIGES

keine

4. Nächste Sitzung:

Mittwoch, 14. November 2018, um 10.00 Uhr im Neuen Saal

---

**1201. Plenarsitzung**

StR-Journal Nr. 1201, Punkt 2 (a) der Tagesordnung

**ERKLÄRUNG DER DELEGATION FRANKREICHS  
(AUCH IM NAMEN DEUTSCHLANDS)**

Der Präsident der Französischen Republik, Emmanuel Macron, und die Kanzlerin der Bundesrepublik Deutschland, Angela Merkel, trafen heute in Paris mit dem Präsidenten der Ukraine, Petro Poroschenko, zusammen.

Der französische Präsident und die deutsche Bundeskanzlerin unterstrichen, dass die rechts- und gesetzeswidrigen Wahlen in bestimmten Gebieten der Regionen Donezk und Luhansk, die diesen Sonntag, den 11. November, entgegen zahlreicher Appelle der internationalen Gemeinschaft abgehalten wurden, dem Geist der Minsker Vereinbarungen und der Erklärung der Staats- und Regierungschefs der vier Normandistaaten, die von diesen zeitgleich mit dem Maßnahmenpaket zur Umsetzung der Minsker Vereinbarungen im Februar 2015 vereinbart wurde, widersprechen.

Sie betonten, dass die Abhaltung dieser sogenannten Wahlen die territoriale Integrität und Souveränität der Ukraine unterminiere.

Der französische Präsident und die deutsche Bundeskanzlerin hielten fest, dass lokale Wahlen in bestimmten Gebieten der Regionen Donezk und Luhansk gemäß den Minsker Vereinbarungen abgehalten werden sollten und daher in Übereinstimmung mit den Standards der OSZE und dem ukrainischen Recht stattfinden müssten.

Sie begrüßten die Verlängerung des Gesetzes über den Sonderstatus der lokalen Selbstverwaltung in bestimmten Gebieten der Regionen Donezk und Luhansk bis zum 31. Dezember 2019 durch das ukrainische Parlament auf Initiative von Präsident Poroschenko. Ferner begrüßten sie die Ankündigung durch Präsident Poroschenko betreffend den Abschluss des Entflechtungsprozesses in dem Gebiet Stanyzja Luhanska.

Sie wiesen auf die bevorstehenden Erörterungen der Außenminister hin, die sich auf die Frage der Einsetzung einer Mission der Vereinten Nationen konzentrieren werden.

Der Präsident der Französischen Republik und die deutsche Bundeskanzlerin erinnerten an die Verantwortung aller Seiten, die Waffenruhe, die Entflechtung und den Abzug schwerer Waffen einzuhalten und die Minsker Vereinbarungen vollständig umzusetzen.

Sie unterstrichen nachdrücklich den Austausch von Inhaftierten und die Freilassung aller politischen Gefangenen bis Ende des Jahres.